

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Nachmittag), 4. März 2020 / Mercredi après-midi, 4 mars 2020

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion / Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration

20 2019.RRGR.351 Motion 280-2019 Kohli (Bern, BDP)
Kantonale Opferhilfestrategie
Richtlinienmotion

20 2019.RRGR.351 Motion 280-2019 Kohli (Bern, PBD)
Stratégie cantonale d'aide aux victimes
Motion ayant valeur de directive

Resultate der Wahlgeschäfte der Frühlingssession 2020 (Organe des Grossen Rates)
Résultats des élections de la session de printemps 2020 (organes du Grand Conseil)

Präsident. *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.)* Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zurück im Grossratssaal. Aus Zeitgründen gebe ich nur ganz schnell die Wahlen in die Organe des Grossen Rates bekannt. Ich kann einfach verkünden, dass alle Vorgesetzten gewählt worden sind. Ich gratuliere allen ganz herzlich zu ihrer neuen Aufgabe. Details werden nachher aufgeschaltet, wenn Sie die genauen Zahlen wissen möchten. Oder Sie dürfen sie auch hier vorn einsehen, wenn Sie sie unbedingt bereits jetzt wissen wollen.

Anmerkung der Tagblattredaktion: Die Wahlprotokolle zu den Geschäften 2020.RRGR.9, 2020.RRGR.10, 2020.RRGR.465, 2020.RRGR.466, 2020.RRGR.38, 2020.RRGR.35, 2020.RRGR.37, 2020.RRGR.39, 2020.RRGR.36 und 2020.RRGR.34 finden sich auf der Internetseite des Grossen Rates der Frühlingssession 2020, [Rubrik Sessionsprogramm](#), unter dem jeweiligen Geschäft.

Remarque de l'équipe de rédaction du Journal : Les procès-verbaux de l'élection concernant les affaires 2020.RRGR.9, 2020.RRGR.10, 2020.RRGR.465, 2020.RRGR.466, 2020.RRGR.38, 2020.RRGR.35, 2020.RRGR.37, 2020.RRGR.39, 2020.RRGR.36 et 2020.RRGR.34 sont disponibles sur le site web de la session de printemps 2020 du Grand Conseil, sous la [rubrique « Programme de la session »](#), respectivement sous l'affaire correspondante.

Präsident. Ich möchte etwas Zweites anbringen, das vorhin ein wenig untergegangen ist, weil es mitten in einem Votum war, im Votum von Regierungsrat Schnegg: den Dank an die Kantonsärztin Linda Nartey und an das Kantonale Führungsorgan (KFO), die im Moment wirklich sehr, sehr gefordert sind und sehr viel zusätzlich arbeiten müssen. Ich denke, das wäre hier auch einmal einen Applaus des Grossen Rates des Kantons Bern wert. *(Applaus / Applaudissements)*
 Damit kommen wir zum Traktandum 20, das ist eine Motion von Grossrätin Kohli. Es ist eine Richtlinienmotion, deshalb reduzierte Debatte. Die Motionärin hat das Wort.

Vania Kohli, Bern (BDP). Ich möchte an dieser Stelle dem Regierungsrat danken. Ich danke für seine Bereitschaft, gerade jetzt, im Hinblick auf die Umsetzung der Istanbul-Konvention, die Auslegung in der Opferhilfe machen zu wollen und eine Strategie zu erarbeiten. Was wollen wir? Was können wir? Was vermögen wir und wenn nicht, mit wem könnten wir, wenn diejenigen, die auch mitmachen möchten, auch dürfen? – Und dafür, davon bin ich aber überzeugt, braucht der Kanton Bern nicht mehr als ein Jahr. Wenn zudem auch die beteiligten NGOs Schritt halten können sollen mit dem Tempo – das nicht übertrieben sein sollte, aber doch auch ermöglichen sollte, dass man tiefgründig genug ist –, dann braucht es Zeit. Und diese Zeit, die der Leistungsvertrag zwar vorsieht, die 10 Prozent, brauchen aber diejenigen Stellen, die betroffen sind, lieber für die gewaltbetroffenen Personen. Es braucht mehr «Womenpower» und der Regierungsrat soll sich überlegen, wie man das entschädigen respektive abgelten könnte. Ich bin auch der Meinung, dass die NGOs die Zeit wirklich erfassen sollen, die sie für die Strategie brauchen, und dann findet man sicher eine

Lösung. Aber genau deshalb bestreite ich die Abschreibung von Ziffer 2, und ich danke, wenn ihr mithelft.

Präsident. Das Mikrofon ist offen für Fraktionsvoten. Als Erstes für die EVP Grossrätin Melanie Beutler.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Ich gehe zuerst auf die zwei Punkte der Motion ein, danach widme ich mich noch kurz der Verknüpfung dieses Geschäfts hier mit dem Folgegeschäftsbericht des Regierungsrates betreffend die Bedarfsabklärung für eine Notunterkunft für Mädchen und junge Frauen im Kanton Bern. Also: Die EVP-Fraktion unterstützt den ersten Punkt und findet es auch richtig, dass der Regierungsrat für den Kanton Bern – der ja notabene neben Zürich übrigens der einzige Kanton der Schweiz ist, der die Millionenmarke betreffend Bevölkerungszahl knackt – auch eine Opferhilfestrategie ausarbeitet und sie dann auch dem Grossen Rat wird vorlegen müssen. Wir erwarten da auch eine umfassende Strategie, die also über das in der Antwort etwas skizzierte Vorgehen des Regierungsrates hinausgeht, das ja vor allem auf die stationären Angebote fokussiert. Inhaltlich nehmen wir dann, zu gegebener Zeit, Stellung zur Strategie, insbesondere auch zum Finanzierungssystem der Leistungsverträge.

Punkt 2 nehmen wir auch an und helfen mit abzuschreiben, ausser – wir sind jetzt ein wenig unsicher geworden: Einerseits hat die Argumentation des Regierungsrates eingeleuchtet. Er hat immerhin aufgezeigt, dass die involvierten NGOs über die bestehenden Leistungsverträge entschädigt werden. Allerdings verstehen wir auch, dass die 10 Prozent vielleicht nicht genügen werden. Also, wir werden sehen, was wir noch tun. Jetzt: Was wir als EVP nicht wollen, ist, dass das Geschäft jetzt zeitlich vorgezogen wird und dafür dann die Schaffung des ausgewiesenermassen notwendigen Mädchenhauses im Kanton Bern auf der Zeitachse nach hinten verschoben würde. Dies ist das nächste Geschäft. Wir erwarten also eine parallele Ausarbeitung beider Geschäfte. Immerhin muss der Regierungsrat ja auch alle anderen bestehenden stationären und ambulanten Akteure bei der Opferhilfe miteinbeziehen, wenn er dann seine Strategie erarbeitet. Da kommt es jetzt aus unserer Sicht wirklich nicht darauf an, dass man mit einem Mädchenhaus vorgängig ein weiteres *Fait accompli* geschaffen hätte.

Monika Gygax-Böniger, Obersteckholz (BDP). Ich mache es kurz: Wir konnten es lesen, die vorliegende Motion spielt der Regierung anscheinend in die Hände. Die beiden Punkte und damit die Forderung der Motionärinnen werden von der BDP ebenfalls einstimmig unterstützt. Die Erarbeitung und die Umsetzung einer Opferhilfestrategie wird es ermöglichen, die ganze Opferhilfe-Landschaft mit dem Ziel zu analysieren, Synergien unter den Leistungserbringern zu prüfen und ebenfalls anzupassen. Wir begrüssen eine Gesamtschau. Eine Gesamtschau auch mit Blick auf einen Bericht betreffend Bedarfsabklärungen für eine Notunterkunft für Mädchen und junge Frauen und mit Blick auf die Schutzbedürfnisse von Buben und jungen Männern. Für uns es wichtig, dass die NGOs bei der Ausarbeitung der verschiedenen Projekte mithelfen und damit bei der Erarbeitung einer solchen umfassenden Strategie eingebunden sind. Dies ist ein Projekt, mit Arbeiten, die – aus Sicht der BDP, aus der Sicht der Mehrheit der BDP – eben über den normalen Leistungsaufwand hinausgehen werden, und deswegen bestreitet die BDP grossmehrheitlich die Abschreibung von Punkt 2. Sonst unterstützen wir die Motion. Danke fürs Zuhören.

Präsident. Als Nächstes die Mitmotionärin und Fraktionssprecherin Barbara Mühlheim.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Brauchen wir jetzt wirklich eine Strategie mehr und weshalb? – Die glp ist grundsätzlich nicht wahnsinnig begeistert davon, Papiere neu zu zelebrieren. Aber hier haben wir mitmotioniert, und hier unterstützen wir die Strategie, und zwar aus folgendem Grund: Ich möchte Ihnen schnell halt doch wieder ein Zitat machen, um zu zeigen, wie sich die Situation in den Opferhilfebereichen verschärft, und dass wir schauen müssen, ob wir noch das Richtige machen, mit den richtigen Mitteln, oder ob man noch ein wenig weiter und anders denken dürfte. Ich zitiere hier aus dem Bericht vom 10. Oktober. Ich habe Ihnen das schon einmal gesagt: Wenn es heute einen spannenden Bericht zum Thema häusliche Gewalt gibt, und hier geht es bei der Opferhilfe oft um Gewalt und häusliche Gewalt, dann ist es derjenige zu «Häusliche Gewalt im Migrationskontext». Das ist der Titel – nicht von irgendeinem linken oder rechten Büro, sondern vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG), das relativ explizit sagt: «Statistiken zu häuslicher Gewalt in der Schweiz wie auch schweizerische und internationale Forschungsergebnisse

[Killias et al. 2005, Schröttle & Khelaifat 2007, Schröttle & Ansorge 2008, Condon et al. 2011]» zeigen, «dass ein Migrationshintergrund das statistische Risiko für häusliche Gewalt erhöht, sowohl auf Opferseite als auch seitens der Tatpersonen.»

Ob es uns passt oder nicht: Eine Opferstrategie muss sich primär an den vulnerabelsten Personen orientieren, weil das diejenigen sind, die am meisten Hilfe brauchen. Und wenn uns jede Statistik zeigt, ob sie in einem Frauenhaus sind, oder später können Sie dasselbe im Mädchenhaus sehen, dass unter den gewaltbetroffenen Frauen – es geht primär um Frauen – Ausländerinnen, besonders junge Frauen mit Kindern, statistisch viermal mehr häusliche Gewalt erleben als Schweizerinnen, dann haben wir Handlungsbedarf, insbesondere in diesem Bereich. Deshalb brauchen wir eine Strategie und sagen: Erstens müssen wir schauen, ob wir genug Platz haben. Oder müssen wir im Bereich Gewalt an Frauen neue Angebote schaffen oder bestehende ausweiten? Aber wir müssen noch schauen, wo wir die Zusammenarbeit optimieren können. Im Migrationshintergrund sind auch andere Institutionen, wie zum Beispiel das Rote Kreuz drin, und wir müssen schauen, wie man dort mit neuen Projekten und kostenneutral einen besseren Informationsfluss zwischen den betroffenen Institutionen machen kann. Drittens: Wir müssen dann gut schauen – das kommt dann später –, ob das Mädchenhaus am richtigen Ort angehängt ist, oder ob man auch dort etwas weiterdenken müsste. Für uns ist aber schon klar, ich nehme das vorweg: Wir brauchen und wir wollen ein Mädchenhaus.

Ich komme zum Punkt 2: Da sind wir gleicher Meinung wie der Regierungsrat, dass man Punkt 2 so akzeptiert, wie dazu argumentiert wird, und ihn abschreibt. Warum? Kolleginnen und Kollegen, ob es eine Suchthilfe-strategie war oder eine Strategie für die Früherkennung: Es gehört zur Führung von Betrieben – und das haben wir alle so in den Leistungsverträgen –, dass man ungefähr 10 Prozent unserer Führungsfunktionen für Strategie und für Vernetzung ausgeben soll. Das ist unabdingbar und dringlich, und das geht allen gleich: Führen heisst Sachen delegieren können, damit man neue Strategien mitentwickeln kann. Es soll nicht zusätzliches Geld geben. Die muss man in den sogenannten Leistungsvertrags-10-Prozent erledigen können. Aus diesem Grund unterstützen wir den Punkt 2 in der Antwort des Regierungsrates, aber schreiben ihn gerade gleichzeitig ab. Es braucht hier nicht eine privilegiere Lage für Führungspersonen in den Frauenhäusern. (*Der Präsident bittet die Rednerin zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) Ich hoffe, dass wir die Motion gut durchbringen und danke fürs Zuhören.

Präsident. Als Mitmotionärin stand ihr etwas mehr Zeit zur Verfügung. Genau dasselbe wird bei der nächsten Rednerin der Fall sein: Christa Ammann von der grünen Fraktion ist auch Mitmotionärin.

Christa Ammann, Bern (AL). Auch ich bin erfreut darüber, dass der Regierungsrat die Chance packt und eine Strategie entwickeln will, damit man eben schauen kann, inwiefern man die Opferhilfe weiterentwickeln muss, wo man neue Angebote schaffen muss, und dass man mit dieser Strategie dann auch überprüfen kann, ob die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen – wie das Recht auf Unterstützung im Rahmen des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG) – von allen Betroffenen ausreichend wahrgenommen werden können. Sind auch Konventionen umgesetzt, die wir unterzeichnet haben? – Also, es geht nicht nur darum zu planen, sondern es geht nachher auch wirklich darum, zu prüfen: Haben wir das auch umgesetzt, was wir entschieden haben, oder eben nicht? – Was mich ein wenig enttäuscht hat: Klar muss man Synergien nutzen. Das ist unbestritten. Aber ich möchte doch hier auch noch etwas betonen: Wenn man häusliche Gewalt wirklich entschieden bekämpfen will, werden für das, was entschieden wurde, Synergien allein nicht ausreichen. Von daher bin ich dann auch gespannt, was in diesem Strategiebericht punkto Finanzierung und halt auch Mehrausgaben drin ist, die mit den bereits gefällten Beschlüssen anstehen werden.

Zum zweiten Punkt: Da muss ich sagen, dass wir mit dieser Abschreibung nicht einverstanden sind. Warum? Es sind diese 10 Prozent Sockelbeitrag, die vorhanden sind. Doch bei all diesen neuen Projekten, die anstehen – mit dieser Strategie auch noch –, ist es schlichtweg nicht realistisch, das auch noch zu machen. Diese 10 Prozent sind eigentlich schon aufgebraucht, ohne die zusätzlichen Sachen, und es ist absurd, nachher zu sagen: Ja, ihr müsst das irgendwie hineinbringen. Man hat auch zu wenig Platz in den Frauenhäusern, also: Es gibt auch einen Teil, den man halt hin- und herschieben muss, wenn es Engpässe gibt. Und jetzt da einfach zu sagen: Es muss reichen, oder es wird nicht separat entgolten, oder man schaut zumindest, inwiefern man noch zusätzlich entgegenkommen kann. Das ist auch fahrlässig, weil man so ganz viel Fachwissen nicht abholen kann, oder weil es nachher auf die Kosten vom bereits Entstehenden geht, das man ja auch umsetzen

und weiterverfolgen muss. Denn es kommt noch einiges hinzu. Dementsprechend ist es falsch, den Punkt 2 abzuschreiben. Da muss man wirklich schauen, dass man Lösungen findet. Denn sonst ist es schlichtweg nicht realistisch, diese Strategie gut und solide zu entwickeln und auch die Mithilfe und Ausarbeitung von zusätzlichen neuen Projekten angemessen entschädigen zu können. In diesem Sinn bitte ich Sie, diese beiden Punkte anzunehmen, beim Punkt 2 nicht dem Regierungsrat zu folgen und somit den Punkt 2 nicht abzuschreiben.

Präsident. Für die FDP Marianne Teuscher.

Marianne Teuscher-Abts, Roggwil BE (FDP). Das ist eine Richtlinienmotion. Das heisst, dass der Regierungsrat beim Umsetzen und Treffen von Entscheiden einen grossen Spielraum hat. Die Bekämpfung von Gewalt an Frauen, Männern und Kindern ist ein sehr wichtiges Anliegen im Kanton Bern. Es macht Sinn, wie die Regierung gesagt hat, dass man eine solche Strategie erarbeitet. Diese soll auch die bestehende Opferhilfe im Kanton Bern überprüfen.

Zu Ziffer 1: Annahme. Gemäss Regierung ist der aktuelle Zeitpunkt günstig, um die bestehenden Strukturen zu prüfen und darauf basierend eine ganzheitliche kantonale Opferhilfestrategie zu erstellen. Ziffer 2 kann man abschreiben, weil die Entschädigung der NGOs in den bestehenden Leistungsverträgen der Institutionen mit dem Kanton festgehalten ist. Die FDP empfiehlt: Antwort wie die Regierung.

Präsident. Pour la PS-JS-PSA, je donne la parole à Madame Samantha Dunning.

Samantha Dunning, Biel/Bienne (PS). Le groupe socialiste, PS-JS-PSA, vous recommande d'accepter la motion concernant une stratégie cantonale d'aide aux victimes dans son ensemble. Comme l'ont évoqué les motionnaires dans leurs interventions, le thème de la violence fait de plus en plus écho et cela est réjouissant. Enfin, on parle et on reconnaît l'existence de la violence faite aux femmes, mais aussi celle faite aux enfants et aux jeunes hommes. Ceci implique une action ! D'ailleurs, l'action existe déjà, notamment par l'existence des foyers pour femmes, mais aussi par les services de conseil. Cette action est amenée à se développer et aussi à satisfaire une sollicitation croissante, c'est pourquoi il est temps de définir une stratégie globale en matière d'aide aux victimes.

Cependant, le groupe socialiste PS-JS-PSA est d'avis que l'élaboration de cette stratégie ne doit pas tout paralyser, tout bloquer. Comme évoqué, il y a des projets en place et d'autres, comme le foyer pour jeunes filles et jeunes femmes qui sera discuté au prochain point, qui sont dans un stade avancé de mise en place : ce serait très dommage et un mauvais signal envers les victimes de violence que de figer ces projets jusqu'aux résultats finaux de la stratégie. Le groupe socialiste est donc d'avis qu'une stratégie est nécessaire mais que l'action doit rester prioritaire et que les deux peuvent se faire de manière parallèle. Ceci est notamment le cas pour le foyer pour jeunes filles et jeunes femmes dont nous souhaitons une mise en place le plus rapidement possible.

Le groupe socialiste PS-JS-PSA vous recommande également d'accepter et de ne pas classer le second point : les ONG font face à un surcroît de travail, et il est normal qu'elles soient rémunérées en conséquence.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Die Zeiten ändern sich und damit auch die Gesellschaft. Auch die sich ändernde Gesellschaft respektive die Zusammensetzung zwischen verschiedenen Kulturen, zwischen ganz verschiedenen Glaubensrichtungen und Menschenbilder zeigen uns, dass vor allem Frauen, aber auch Männer, vermehrt Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt werden. Deshalb bin ich froh, kann ich hier als erster Mann dazu sprechen. Es handelt sich hier oft nicht um grosse Zahlen von Opfern, aber der Schutz solcher Personen ist unbestritten und muss vor allem schnell und unkompliziert möglich sein. Daher ist es richtig, dass man da eine Strategie festlegt: Das heisst, eine langfristige Planung, mit welcher wir die Ziele erreichen können, die wir uns setzen, und dies möglichst effizient und sicher. Zudem geht die Forderung auch in die Richtung der angenommenen Motion Istanbul-Konvention (*M 182-2018*).

In den letzten Jahren sind die Zahlen gestiegen, wie auch das Postulat zur Bereitstellung von Schutzplätzen für Mädchen (*P 039-2016*) unterstreicht. Somit ist es richtig zu handeln, eine Opferhilfestrategie auszuarbeiten und umzusetzen. Die Zahlen der Opfer sind aber meist tief und können auch sehr stark schwanken. Somit müssen wir eine Strategie ausarbeiten und auch Doppelspurigkeiten vermeiden und möglichst Synergien nutzen. Dies umso mehr, als solche Plätze sehr hohe Kosten verursachen – schon nur deren Bereitstellung, damit sie dann auch da sind, wenn sie im Notfall gebraucht werden. Die SVP nimmt beide Punkte an, will aber den Punkt 2 abschreiben.

Präsident. Für die EDU, die letzte Fraktion, Grossrat Samuel Kullmann.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Ich habe wie die anderen nicht viel Zeit, darum mache ich den ersten Punkt ganz kurz: Ein super Vorstoss, wir nehmen ihn an. Punkt 1 und 2: Bei Punkt 2 werden wir noch die Ausführungen des Regierungsrates anhören, bevor wir entscheiden, ob wir abschreiben helfen oder nicht.

Etwas anderes, das ich im Namen der EDU-Fraktion dem Regierungsrat sehr gern mitgeben möchte, ist Folgendes: Wir wissen, es gibt Opfer von häuslicher Gewalt, von Verbrechen, von sexueller Gewalt, sexualisierter Gewalt, von Menschenhandel, Zwangsprostitution, aber – und darüber hat man eigentlich praktisch noch nie gesprochen – es gibt auch Opfer von ritueller Gewalt, von rituellem Missbrauch. Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) der Bundesrepublik Deutschland, von der Regierung, definiert dies wie folgt: «Als organisierte sexualisierte und rituelle Gewalt bezeichnet man die systematische Anwendung schwerer sexualisierter Gewalt in Verbindung mit körperlicher und psychischer Gewalt durch mehrere Täter und Täterinnen bzw. Täternetzwerke. Häufig ist dies mit kommerzieller sexueller Ausbeutung verbunden. Dient eine Ideologie zur Begründung oder Rechtfertigung der Gewalt, wird dies als rituelle Gewalt bezeichnet. Die Opfer werden systematisch, oft von früher Kindheit an, durch Konditionierung und Programmierung («Mind Control») zu Funktionalität und Gehorsam gezwungen. Die Aufspaltung der kindlichen Persönlichkeit in verschiedene Anteile ist häufig die (beabsichtigte) Folge und kann dazu führen, dass Betroffenen nicht geglaubt wird, wenn sie davon berichten. Diese extreme Form sexualisierter Gewalt findet oft über einen langen Zeitraum statt, der auch Kindheit und Jugend überdauern kann, denn Ausstiegswillige werden unter Druck gesetzt, erpresst und verfolgt.» Ich selbst kenne mehrere Opfer und Überlebende von ritueller Gewalt in meinem persönlichen Umfeld, und ich denke, das ist ein riesiges Tabuthema, bei dem es Zeit wird, dass auch der Kanton Bern hinschaut. Daher unsere Aufforderung an die Regierung: Informieren Sie sich darüber und beziehen Sie das Ganze in die Opferhilfestrategie ein.

Präsident. Wir sind am Ende der Votanten angelangt. Je donne la parole à Monsieur Pierre Alain Schnegg.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration. Comme mentionné dans la réponse du Conseil-exécutif, cette motion relève de sa compétence exclusive. Pour le point 1, les avancées mentionnées justifient l'élaboration d'une stratégie pluriannuelle pour l'aide cantonale aux victimes. Le canton de Berne participe activement à la mise en œuvre inter-cantonale de la convention d'Istanbul. Actuellement, dans le canton, le taux d'occupation des foyers d'accueil pour femmes est relativement constant depuis des années. Il se situe entre 80 et 90 pour cent. Les chambres sont de plus en plus souvent occupées durant de longues périodes par de très jeunes femmes, avec ou sans enfants. Le postulat 039-2016 (*P 039-2016*) qui a été adopté demandait de déterminer les besoins de refuge pour jeunes filles et jeunes femmes. Nous en parlerons d'ailleurs dans le cadre du point suivant. L'élaboration d'une stratégie d'aide aux victimes est l'occasion de revoir le dispositif du canton en la matière. Il s'agit d'examiner les synergies qui existent entre les différents partenaires contractuels en ce qui concerne le personnel, l'organisation, les finances, etc. Une telle stratégie permettra de revoir plus globalement l'aide aux victimes et y apporter les modifications nécessaires. Il sera également nécessaire de prendre en compte la protection des garçons et des jeunes hommes et de revoir les différents modes de financement actuellement utilisés. Le moment est opportun pour élaborer une stratégie globale d'aide aux victimes, même s'il sera nécessaire d'en attendre les conclusions avant de mettre en œuvre ou de modifier les offres.

Restons sérieux : soit, nous voulons une stratégie, qui ensuite sera mise en œuvre, soit, nous voulons un exercice alibi, qui serait dans ce cas-là totalement inutile. Si vous acceptez cette motion, nous avancerons et travaillerons dans une manière cohérente et crédible. C'est-à-dire que les nouveaux projets attendront avant de pouvoir être mis en œuvre. Le gouvernement vous propose donc d'accepter ce point. Pour le point 2 : comme nous le mentionnons dans notre réponse, la participation des ONG aux projets d'optimisation des structures ne doit pas être indemnisée en plus. Cette prestation est inscrite dans les contrats conclus entre le canton et ces institutions. Elle est donc déjà suffisamment rémunérée par les subventions cantonales. C'est pourquoi le gouvernement vous invite à accepter ce point et à le classer.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Es gibt eine ziffernweise Abstimmung: Wer die Ziffer 1 dieser Motion annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.351; Ziff. 1)
Vote (2019.RRGR.351 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	150
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben die Ziffer 1 dieser Motion einstimmig angenommen, mit 150 Ja-Stimmen.
Ziffer 2: Wer die Ziffer 2 dieser Motion annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.351; Ziff. 2)
Vote (2019.RRGR.351 ; ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	143
Nein / Non	6
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben auch die Ziffer 2 dieser Motion angenommen, mit 143 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wir kommen noch zur Abschreibung: Wer der Abschreibung zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.351; Ziff. 2; Abschreibung)
Vote (2019.RRGR.351 ; ch. 2 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	85
Nein / Non	65
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben die Ziffer 2 abgeschrieben, mit 85 Ja- gegen 65 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.